

Herrn Nationalratspräsident Dominique de Buman zu einem offiziellen Treffen empfangen.

Herr Andrejtschenko wird ausserdem dem Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Bundesrat Ignazio Cassis, einen Höflichkeitsbesuch abstatten. Zudem gibt es ein offizielles Gespräch mit Frau Staatssekretärin Ineichen-Fleisch.

Die Schweiz und die Republik Belarus unterhalten seit 1992 diplomatische Beziehungen. Im Juli 2007 eröffnete die Schweiz ein Botschaftsbüro in Minsk, das der Schweizer Botschaft in Warschau unterstellt ist.

Wir heissen den Herrn Präsidenten des Repräsentantenhauses der Nationalversammlung der Republik Belarus und seine Delegation in unserem Rat herzlich willkommen und wünschen unseren Gästen einen inspirierenden und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land. *(Beifall)*

17.070

Al Kaida und "Islamischer Staat". Verbot der Gruppierungen sowie jeweils verwandter Organisationen. Verlängerung

Al-Qaïda et "Etat islamique". Interdiction des groupes ainsi que de leurs organisations apparentées. Prorogation

Erstrat – Premier Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 28.02.18 (Erstrat – Premier Conseil)

Jositsch Daniel (S, ZH), für die Kommission: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Geltungsdauer des Bundesgesetzes über das Verbot der Gruppierungen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen um vier Jahre verlängert werden. Das Parlament verabschiedete das Bundesgesetz am 12. Dezember 2014. Das Gesetz ist aus der Vereinigung zweier Verordnungen hervorgegangen: der Verordnung über das Verbot der Gruppierung Al Kaida und verwandter Organisationen, die ab 2001 mehrere Male verlängert worden war, und der Verordnung über das Verbot der Gruppierung "Islamischer Staat" und verwandter Organisationen, die im Oktober 2014 verabschiedet worden war. Die Geltungsdauer des Gesetzes über das Al-Kaida- und IS-Verbot läuft am 31. Dezember 2018 ab.

Das Gesetz hat im Wesentlichen zwei Bestimmungen: Artikel 1 verbietet die Organisationen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie ihre Tarn- respektive Nachfolgegruppierungen; Artikel 2 enthält eine Strafbestimmung, die die Beteiligung an entsprechenden Organisationen und deren Unterstützung mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe respektive mit einer Geldstrafe bedroht. Die Strafbarkeit wird auf Auslandstaten ausgedehnt, und es wird eine Bundeskompetenz vorgesehen. Die Folge der Strafbestimmung ist, dass das entsprechende Delikt eine Geldwäschereivortat darstellt und die Einziehung entsprechender Vermögenswerte ebenfalls erfasst wird.

Im Oktober 2014 wurde im Nachrichtendienstgesetz, das neu geschaffen wurde, Artikel 74 eingefügt, in dem der Bundesrat ermächtigt wird, per Verfügung terroristische Organisationen zu verbieten. Im neuen Artikel im Nachrichtendienstgesetz

wird wie in Artikel 2 des "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" die Beteiligung an entsprechenden Organisationen sowie deren Unterstützung unter Strafe gestellt. Die Kompetenz zur Verfolgung und Sanktionierung dieser Straftat wird jedoch im Unterschied zum "Al-Kaida-/IS-Gesetz" nicht den Bundesbehörden übertragen, und die Strafandrohung ist mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren tiefer angesetzt. Das Nachrichtendienstgesetz ist am 1. September letzten Jahres in Kraft getreten. Was Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes verbietet, ist aufgrund der tieferen Strafandrohung keine Geldwäschereivortat.

Im Rahmen der Vorlage zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörenden Zusatzprotokoll schlägt der Bundesrat verschiedene Massnahmen zur Stärkung des Instrumentariums im Kampf gegen den Terrorismus vor. Gemäss der im Juni 2017 in die Vernehmlassung geschickten Vorlage sollen unter anderem die eben erwähnten Differenzen zwischen Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes – tiefere Strafandrohung und keine Bundeskompetenz – und Artikel 2 des Bundesgesetzes über das Verbot der Gruppierungen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen bereinigt werden.

Da es zeitlich nicht möglich ist, dass diese Vorlage vom Parlament beraten und vom Bundesrat per Verfügung in Kraft gesetzt wird, bevor die Frist für das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen am 31. Dezember dieses Jahres abläuft, muss die Frist dieses Gesetzes um vier Jahre verlängert werden. Dadurch kann eine Schwächung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung des Terrorismus in der Schweiz vermieden werden. Gleichzeitig erhalten das Parlament und der Bundesrat genügend Zeit für die Beratung der Revision von Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes beziehungsweise für die Verfügung eines entsprechenden Verbots. Sobald der geänderte Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes in Kraft getreten und umgesetzt ist, kann das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen aufgehoben werden. Der vorliegende Gesetzentwurf dient damit ausschliesslich der Verlängerung der Geltungsdauer des aktuell geltenden Gesetzes um vier Jahre. Der Inhalt bleibt unverändert.

Die Sicherheitspolitische Kommission stellt Ihnen entsprechend den Antrag, dieses Geschäft zu unterstützen: erstens, weil es sich lediglich um eine Verlängerung des Status quo handelt, und zweitens, weil es lediglich darum geht, hier eine Lücke zwischen heutiger Gesetzgebung und zukünftig anvisierten Bestimmungen im Nachrichtendienstgesetz zu vermeiden.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Der Kommissionsprecher hat es ausgeführt: Sie sprechen heute über das Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen Al Kaida und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen, das die Nachfolgeregelung von früheren, befristeten Verordnungen des Bundesrates zum Verbot dieser Terrororganisationen ist. Das Gesetz ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Es ist ebenfalls zeitlich befristet, und zwar bis Ende dieses Jahres. Den Kern dieses "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" bildet Artikel 2. Das Gesetz hat sich bis heute in der Praxis bewährt. Artikel 2 besagt, dass mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer sich an solchen Gruppierungen beteiligt oder sie in irgendeiner Form unterstützt, und dass die Verfolgung dieser Straftat der ausschliesslichen Bundesgerichtsbarkeit unterliegt.

In den ersten zweieinhalb Jahren seit seiner Geltung hat die Bundesanwaltschaft eine recht grosse Anzahl von Fällen in Anwendung dieses Gesetzes bearbeitet. In mehreren Fällen kam es auch zu rechtskräftigen Verurteilungen. Wegen der zeitlichen Befristung – das ist eigentlich der Grund, weshalb Sie heute über dieses Gesetz diskutieren – haben dann die eidgenössischen Räte in den parlamentarischen Beratungen zum Nachrichtendienstgesetz in Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes das Organisationsverbot eingeführt. Diese Bestimmung ist auch als Nachfolgeregelung des befristeten

ten "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" konzipiert und ist jetzt eben mit dem Nachrichtendienstgesetz seit September letzten Jahres in Kraft. Darauf gestützt kann der Bundesrat per Verfügung terroristische Organisationen verbieten. Genau gleich wie Artikel 2 des "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" stellt auch Artikel 74 des Nachrichtendienstgesetzes die Beteiligung an solchen Organisationen und andere Formen von Unterstützung unter Strafe.

Im Vergleich zum "Al-Kaida-/IS-Gesetz" gibt es aber zwei wesentliche Unterschiede im Nachrichtendienstgesetz. Erstens ist die Kompetenz zur Verfolgung und Sanktionierung dieser Straftat nicht den Bundesbehörden übertragen worden, und zweitens ist die maximale Strafandrohung auf drei Jahre Freiheitsstrafe beschränkt. Warum gibt es diese Differenz? Weil Artikel 74 eben während der parlamentarischen Beratung ins Nachrichtendienstgesetz aufgenommen worden war und das dann nicht mehr richtig aufeinander abgestimmt werden konnte. Es ist zeitlich nicht möglich, dass das Massnahmenpaket zur Verstärkung der strafrechtlichen Instrumente gegen Terrorismus beraten und vom Bundesrat in Kraft gesetzt wird, bevor die Geltungsdauer des "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" Ende dieses Jahres abläuft.

Wir sollten, der Kommissionssprecher hat es gesagt, die Entstehung einer Lücke vermeiden. Deshalb möchte der Bundesrat jetzt dieses Gesetz hier noch einmal verlängern. Es geht also ausschliesslich darum, dass es keine Lücke gibt. Eine Verlängerung des "Al-Kaida-/IS-Gesetzes" ist auch aus materiellen Gründen geboten, weil die Aktivitäten von Al Kaida und IS weiterhin eine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes und auch für die Sicherheit der internationalen Staatengemeinschaft darstellen.

Die Terrorgefahr in Europa wird wegen der territorialen Verluste des IS nicht abnehmen. Es gibt nach wie vor auch Hinweise auf Mittelsmänner, potenzielle Attentäter und gesteuerte Zellen in Europa. Die Propaganda des IS wird auch weiterhin ihre Wirkung entfalten. Es müssen deshalb sämtliche Aktivitäten dieser Organisationen in der Schweiz und im Ausland weiterhin unverändert unter Strafe gestellt werden. Damit das so ist, müssen wir dieses Gesetz jetzt verlängern.

Ich bitte Sie, das unveränderte – wir ändern ja nichts – "Al-Kaida-/IS-Gesetz" um vier Jahre zu verlängern. Wir werden die Frist wohl kaum ausschöpfen. Wir werden die neue Vorlage vorher in Kraft treten lassen. Wir möchten hier aber keine Lücke.

Ich bitte Sie deshalb, sich hier Ihrer Kommission anzuschliessen.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen "Al Kaida" und "Islamischer Staat" sowie verwandter Organisationen

Loi fédérale interdisant les groupes "Al-Qaïda" et "Etat islamique" et les organisations apparentées

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 17.070/2316)*

Für Annahme des Entwurfes ... 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

16.3234

Motion Reimann Lukas.

Für eine wirksame und effektive Bekämpfung des Terrorismus.

Präzisierung und Ausweitung des Verbots

des fremden Militärdienstes und der Anwerbung dazu

Motion Reimann Lukas.

Rendre la lutte

contre le terrorisme plus efficace.

Précision et extension

de l'interdiction du service

et du recrutement en vue du service dans des forces armées étrangères

Nationalrat/Conseil national 20.09.17

Ständerat/Conseil des Etats 28.02.18

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Ablehnung der Motion.

Kuprecht Alex (V, SZ), für die Kommission: Die Absicht des Motionärs besteht darin, dass das Strafgesetzbuch ergänzt wird, um Personen, die Leute für einen Einsatz in einer militärischen oder paramilitärischen Einrichtung einer ausländischen Macht anwerben oder derartigen Einrichtungen zuführen, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestrafen zu können. Diesem Tatbestand soll die eigene aktive Teilnahme an derartigen Einrichtungen gleichgestellt werden. 2014 wurde bereits die Motion Reimann Lukas 14.3223, "Präzisierung und Ausweitung des Verbots des fremden Militärdienstes und der Anwerbung dazu", eingereicht, aber innerhalb der zweijährigen Frist nicht behandelt und deshalb abgeschrieben.

Der Motionär begründet seinen Vorstoss unter anderem damit, dass innerhalb der letzten zwei Jahre die Brisanz der Thematik durch Terroranschläge in Europa weiter zugenommen und sich die Zunahme der Zahl von Schweizer Dschihadisten dramatisch verschärft habe. Er nimmt zudem Bezug auf die beiden Berichte der Task-Force Tetra über die Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus in der Schweiz, welche im Gegensatz zur Antwort des Bundesrates stehen und klarmachen würden, dass die gesetzlichen Bestimmungen nicht genügen, um effektiv gegen Terroristen vorgehen zu können. Gemäss aktueller Rechtsprechung genüge die alleinige Absichtsbekundung, im Ausland für eine dschihadistische Gruppe kämpfen zu wollen, nicht, um nach Artikel 260 des Strafgesetzbuches ein Strafverfahren wegen Beteiligung an einer oder Unterstützung einer kriminellen Organisation einzuleiten. Mit der präventiven Ansprache verfügten die Schweizer Behörden nur über ein einziges, punktuell Mittel, um der Radikalisierung entgegenzuwirken.

In seiner Stellungnahme vom 11. Mai 2016 hielt der Bundesrat fest, dass die schweizerische Gesetzgebung es bereits heute erlaube, mit den erforderlichen Mitteln gegen terroristische Bedrohung wirksam vorzugehen, entsprechende strafbare Handlungen zu verhindern und Straftaten in einem frühen Stadium, auch vor Begehung eines konkreten Terroraktes, zu bestrafen. So seien in den vergangenen Monaten, etwa durch das Bundesstrafgericht am 18. März 2016, Straftäter wegen Unterstützung einer und Beteiligung an einer terroristischen Organisation verurteilt worden. Zu beachten gelte es zudem, dass insbesondere auch das gesetzliche In-